

Calmer Wochenblatt

Nr. 76. Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 95. Jahrgang.

Verkaufspreis: 6 mal wöchentlich. Anzeigepreis: Die kleinste Zeile 40 Pf. Resten 1.20 Pf. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags. — Fernsprecher 8. Mittwoch, den 31. März 1920. Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 1 Pf. 8.40 vierteljährlich, Postbezugspreis 8 Pf. 8.10 ohne Postgebühr.

Deutsche Nationalversammlung.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung wurde die Erklärung der Regierung Müller weiter besprochen.

Dr. Düringer (Dn.): Die Nachricht, Kapp habe sich zum Reichskanzler gemacht, hat mich zu dem Satz veranlaßt, daß die Dummheit immer die größte Todsünde sei. Die Nationalversammlung hat ihre Aufgaben gelöst, bis auf die Wahlgesehe. Diese wurden verzögert. Statt dieser dringlichen Gesetze wurden uns unwichtige Vorlagen gemacht. Sie haben die Mitverantwortung an dem Putsch! Ein sozialdemokratischer Minister sagte mir, durch die Geheimpolitik sei die Regierung schon zehn Tage vorher von dem Putsch unterrichtet gewesen. Kostes Vorbereitungen seien aber ungenügend gewesen. Vielleicht war der Regierung die Entwicklung des Putsches gar nicht unangenehm. (Undauernder Lärm bei der Mehrheit, Rufe: Unerbötlich!)

Präsident Fehrenbach: Ich teile Ihre Entrüstung, bitte aber, den Redner fortfahren zu lassen.

Düringer (fortfahrend): Meine Partei hat bezüglich des 18. März ein reines Gewissen. (Lachen bei der Mehrheit.) Wir mißbilligen den Putsch und haben ihn nicht begünstigt. — Wie kommt Herr Bauer dazu, sich schützend vor die unlausteren und unsauberen Machenschaften Erzbergers zu stellen? Die Verfassung muß von allen hochgehalten werden, auch von denen, deren Ueberzeugung sie nicht entspricht.

Reichskanzler Müller: Im Ruhrgebiet, im Rheinland und in Westfalen ist Erregung vorhanden, weil man schroffe militärische Maßnahmen erwartet. In der gestrigen Kabinettsitzung wurde beschlossen, alle unnötigen Schrofsheiten zu vermeiden. Die Truppen dort sind regierungstreu. Sie laßten nicht nach Arbeiterblut, wie man in Elberfeld sagt. Es ist Blut genug geflossen. Wo überhaupt Truppen in Bewegung gesetzt werden, gehen Zivilkommissare voraus, um aufzuklären. Nahrungsmittel werden angeliefert, denn die Lage in dieser Beziehung ist fürchterlich. In Elberfeld droht man von neuem mit dem Generalfreist. Ein gemeinsames Flugblatt beider soz.-dem. Parteien sucht die unverantwortlichen Raubzüge sogen. „Kommunisten“ ins rechte Licht zu setzen. Erfreulicherweise hat die französische Regierung zugestimmt, daß wir zwei bis drei Wochen lang eine erhöhte Truppenzahl in das neutrale unruhige Gebiet senden können. Damit haben wir eine größere Bewegungsfreiheit und wir hoffen, daß wir die Ruhe herstellen können mit Hilfe der vernünftigen Arbeiter. Die Bedingungen des Generals Watter sind gemildert worden. Wir erhoffen eine Entspannung in wenigen Tagen.

Reichsminister Koch: Die demokratische Regierung ist keine Parteiregierung. Zu regieren wird vielfach von einer strupelosen Parteileitung versucht. Der Putsch war glänzend vorbereitet. Er scheiterte am Volk. Weshalb ging die Regierung aus Berlin fort? Weil es nicht Sache der Führer sein kann, sich im Augenblick der Gefahr vorn im Schützengraben gefangen nehmen zu lassen. Dieses Fortgehen war Kapps Verhängnis. Die Maßnahmen der Regierung gegen die Erhebung im Westen halten die richtige Mitte zwischen der Rücksicht gegenüber denen, die nur aus Unverständnis zu lange auf der Straße geblieben sind, und der Strenge gegenüber denen, die von Anfs die Anarchie erstreben.

Leicht (Wayer, Volksp.): Wir sind prinzipielle Gegner jeder Revolution. Ob das im Ruhrgebiet Volkshewismus ist, steht dahin; aber er kann daraus entstehen.

Wels (Soz.): Der Putsch war von langer Hand vorbereitet. General v. Seeckt hat angeordnet, daß die Zeitfreiwilligen in Pomern bis zum 10. April zusammenbleiben sollen. Die Zusammenziehung dieser Regimenter ist eine Gefahr für die Republik. Ich verlange schleunige Auflösung. Das Ausland wird Vertrauen zur deutschen Demokratie gewinnen. Ohne Koalition gibt es in Deutschland keine Regierung; das sei den Unabhängigen gesagt. Das heutige Kabinet darf nur bis zu den Wahlen bleiben. Meine Partei stimmt dem Arbeitsprogramm der Unabhängigen in der „Freiheit“ zu. Die Vereinigung der sozialistischen Parteien ist vielleicht eine Frage kurzer Zeit. Eine Arbeiterregierung aus Hand- und Kopfarbeitern, die auf dem Boden der Republik stehen, ist möglich. Der Feind steht rechts. Er soll den Kampf haben bis aufs Messer.

Präsident Fehrenbach bittet, sich kurz zu fassen.

Nach Ausführungen der Abgg. Behrens (Dn.) und Hugo (D. Sp.) rethorisierte Reichsminister Koch das Verhalten der Regierung gegenüber reaktionären Bestrebungen in der Studentenschaft.

Seger (U. S. P.): Nur so lange die Arbeiterschaft die Waffen in der Hand hat, ist sie sicher, daß sich der Terror von rechts nicht wiederholt. Die Hauptforderung der 9 Punkte, die Arbeiterregierung, ist nicht erfüllt worden.

Der Antrag Arnstadt (Militärsvotum gegen die Regierung) wurde abgelehnt, der Antrag Löbe-v. Payer-Trimbom (Billigung der Regierungserklärung) angenommen gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Unabhängigen. Das Gesetz betr. Änderung der Konsulatsgebührensätze wurde in zweiter und dritter Lesung angenommen, ebenso das Gesetz betr. Erhöhung der Zuständigkeit der Amtsgerichte, das Gesetz für beschränkte Auskünfte aus dem Strafregister usw. Das Gesetz betr. die vorläufige Reichswehr und -marine wurde in allen drei Lesungen angenommen, das Gesetz betr. Wochenhilfe an den Ausschuh überwiegen, das Gesetz betr. Durchführung des Einkommensteuergesetzes in allen drei Lesungen erledigt. Das Gesetz über den Notetat in zweiter und dritter Lesung, ebenso das Gesetz betr. den dritten Nachtragsetz für 1919. Das Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten wurde an den Verfassungsausschuh überwiesen, desgleichen das Reichswahlgesetz.

Bei der 2. Beratung eines Gesetzentwurfs betr. Aburteilung von hochverräterischen Unternehmen vom 20. März 1920 wurde das Gesetz in 2. und 3. Lesung angenommen. Nach verschiedenen unweissentlichen Erörterungen vertagte sich das Haus auf den 14. April.

Die Lage im Industriegebiet.

Eine Erklärung der Reichsregierung.

(W.B.) Berlin, 30. März. Im Anschluß an die Besprechungen, die heute Vormittag zwischen den Vertretern der gewerkschaftlichen Organisationen, den sozialistischen Parteien und der Reichsregierung stattgefunden haben, hat die Reichsregierung auf die dort vorgebrachten Wünsche mit nachstehendem Schreiben erwidert:

Berlin, 30. März 1920.

Die Reichsregierung steht nach wie vor in dem Bielefelder Abkommen eine geeignete Grundlage für die Regelung der Verhältnisse im Ruhrrevier und für die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände. Sie hat auch ihrerseits sich an das Bielefelder Abkommen gebunden und die Truppen bisher nicht in das Ruhrgebiet einmarschieren lassen. Dies hat der Reichswehrminister gestern in der Nationalversammlung ausdrücklich festgestellt. Dagegen ist von der anderen Seite, obwohl inzwischen sieben Tage verfloßen sind, nicht das geringste geschehen, um die aus dem Bielefelder Abkommen sich ergebenden Verpflichtungen zu erfüllen. Im Gegenteil: Wesel ist unausgesetzt angegriffen worden. Plünderungen haben in zahlreichen Orten stattgefunden, expresserische Eingriffe in Bankdepots und in die Bestände der Reichsbank haben sich ereignet, Lebensmittel usw. sind gewaltsam weggenommen worden, Hilferufe aus Stadt und Land treffen ununterbrochen bei der Reichsregierung ein. Pflicht der Regierung ist es, wie von jedem Einsichtigen anerkannt werden muß, dieser Not ein Ende zu machen und wieder für alle Bewohner im Ruhrgebiet geordnete Zustände herzustellen. Dies soll auf der Grundlage des Bielefelder Abkommens geschehen, bei dessen Abschluß die Abberufung des Generals Watter nicht nur verlangt, sondern ausdrücklich gemeinsam abgelehnt wurde. Im übrigen wird die Durchführung der notwendigen Maßnahmen, die bereits vom Reichskanzler in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung mitgeteilt wurden, unter Beteiligung von zivilen Vertrauensmännern und in der Form erfolgen, daß die Bevölkerung mehr als 48 Stunden Zeit haben wird, von sich aus geordnete Zustände herzustellen, so daß die etwa notwendig werdenden Maßnahmen in Wirklichkeit nur auf Aufrührer und Verbrecher beschränkt sein werden.

Die Reichsregierung: (gez.) Müller.

Die Lage im Ruhrgebiet.

* Berlin, 31. März. Nach der „Voss. Ztg.“ ist im Ruhrgebiet der Generalfreist nur an einzelnen Orten ausgebrochen, so in Bochum und Elberfeld. Die zahlreichen durch Elberfeld ziehenden Truppen der Roten Armee bringen

eine besondere Note in das Verkehrsbild. Man sieht auch Abteilungen, die zur Verstärkung der Front nach Norden gehen und vielfach Straßenbahnzüge für ihren Transport nach Duisburg requirieren, und ebenso einzelne Horden, die aufgelöst der Heimat zustreben. In Hagen ist der bereits proklamierte Generalfreist wieder abgejagt worden. In Düsseldorf haben die 205 Mann der zurückflutenden Roten Armee, die gestern Nacht Rathaus und Ständehaus besetzt und den Vollzugsrat vertrieben hatten, nur eine kurze Herrschaft ausüben können. Aus dem Rathaus sind sie nach Verhandlungen abgezogen, aus dem Ständehaus haben heranmarschierende Arbeiter sie herausmandoriert. Der Generalfreist ist auch in Düsseldorf nicht erklärt worden. — Die Eisenbahnbeamten und die christlich organisierten Arbeiter im Aufstandsgebiet sind gegen den partakistischen Terror in den Generalfreist eingetreten. Die Streikenden wollen aber gegebenenfalls Waffentransporte zum Wehrkreiskommando nach Münster besördern. Ein Bericht des Wehrkreiskommandos Münster besagt, daß das Ultimatum der Regierung bei den Aufstehern im allgemeinen keine Beachtung gefunden hat. An der Nordfront sind die Angriffe fortgesetzt und Verstärkungen herangezogen worden. — Wie dem „B. L. A.“ aus Barmer gemeldet wird, haben die drei sozialistischen Parteien das Ultimatum der Regierung mit der Proklamation des Generalfreists im Wuppertal beantwortet. Alle öffentlichen Betriebe arbeiten noch. — Nach dem „Vorwärts“ hat heute im Ruhrbezirk entsprechend den Beschlüssen des aus allen drei sozialistischen Parteien bestehenden Elberfelder Aktionsausschusses der Generalfreist als Protest gegen den angedrohten Einmarsch des Generals Watters eingeleitet.

Die Ausschreitungen der roten Truppen.

(W.B.) Münster, 30. März. Duisburger Banken berichten, daß das Exekutivkomitee der Kommunisten in Duisburger sämtliche Banken beschlagnahmt hat. In einem Teil des Kreises Lüdinghausen haben rote Truppen geplündert und die Landwirte gebrandchaftet. Von einzelnen Hofbesitzern wurden 5 bis 9000 Mark unter Androhung der Plünderung ihres Besitztums erpreßt. Ähnliche Nachrichten kommen aus dem Kreise Recklinghausen. Eine Eisenbahnbrücke bei Selm im Kreise Lüdinghausen wurde von roten Truppen gesprengt.

Nach Ablauf des Ultimatus.

(W.B.) Berlin, 30. März. Wie der „Abend“ aus zuverlässiger Quelle hört, dauerten die Beratungen der Reichsregierung mit General v. Seeckt heute nachmittags noch an. Die militärischen Vorbereitungen im Ruhrgebiet gehen ihren Gang weiter. Nach Ablauf des Ultimatus um 12 Uhr mittags wurden die einzelnen Truppenverbände schrittweise vorgehoben. Es ist den Verbänden die größte Mäßigung anbefohlen worden.

Gewissenlose Zerschlagung der Arbeiterschaft.

(W.B.) Berlin, 30. März. Die Herren Legien und Osterrot veröffentlichten folgende Erklärungen: Das „Achtuhr-abendblatt“ veröffentlicht in sensationeller Aufmachung die Mitteilung von einem Ultimatum der Gewerkschaften an die Reichsregierung. Danach soll die Reichsregierung ersucht werden, 1. eine bindende Zustimmung zu dem Bielefelder Abkommen zu geben, 2. die über dieses Abkommen hinausgehenden Befehle und Maßnahmen aufzuheben, 3. den General Watter abzuberufen und eine 48-stündige Frist für die Ausführung des Bielefelder Abkommens zuzugestehen. Das „Ultimatum“ soll von einer Delegation, angeblich bestehend aus Legien, Crispian, Levi, Osterrot und Edard dem Reichskanzler überreicht worden sein. Falls die Regierung dieses Ultimatum oder auch nur eine dieser Forderungen ablehnen sollte, solle der sofortige Generalfreist für Berlin proklamiert werden. — Hierzu erklären wir, daß die Forderungen den Beschlüssen der Konferenz der Gewerkschaftsarbeiter entsprechen, von einem Ultimatum aber ist im entferntesten nicht die Rede. Von einem Generalfreist, der als Antwort auf die Ablehnung auch nur einer dieser Forderungen sofort für Berlin erklärt werden sollte, ist in der Sitzung von keiner Seite auch nicht einmal gesprochen worden. Es handelt sich hier um eine gewissenlose Zerschlagung der ohnehin erregten Arbeiterschaft Deutschlands, die nur den Zweck verfolgt, eine schwere Schädigung unseres öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens herbeizuführen.

Verhandlungen über den Generalfreist.

(W.B.) Berlin, 31. März. Die Generalversammlung der revolutionären Betriebsräte hielt gestern Abend eine Sitzung ab. Viele der Delegierten traten für einen sofortigen Generalfreist ein.

Gegen 11 Uhr nachts ging der Versammlung eine Mitteilung der Regierung zu, wonach dem General Watter ein Zivilkommissar beigegeben und den bewaffneten Arbeitern im Ruhrgebiet ein neues Ultimatum gestellt worden ist. Zuletzt wurde beschlossen, heute Mittwoch Vormittag in den einzelnen Betrieben darüber abstimmen zu lassen, ob gestreikt werden soll oder nicht und mittags das Resultat bekannt zu geben.

Von der Roten Armee.

* Unlänglich der Gerichte, daß der frühere Hauptmann v. Beerfelde die Rote Armee im Industriegebiet befehligt, geht der „Frankf. Ztg.“ eine Zuschrift des Rechtsvertreters des Hauptmanns v. Beerfelde zu, worin das genannte Gerücht als Unwahrheit bezeichnet wird. Gegen den verantwortlichen Schriftleiter der „B. Z.“ am Mittag, der die betr. Notiz verbreitet hat, ist Beleidigungsklage erhoben worden. (Mit dem gleichzeitig erwähnten Leutnant Boelcke wird es sich wohl ähnlich verhalten. Die Schriftl.)

Ausnahmezustand und Standgerichte.

(W.B.) Berlin, 30. März. Einer amtlichen Bekanntmachung der Reichsregierung zufolge werden die den Militärbehörden erteilten Befugnisse zur Erlassung von Ausnahmebestimmungen und Einsetzung von Standgerichten zurückgezogen. Standgerichte bleiben nur in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Amsberg und Münster sowie im Westteil Thüringens bestehen.

Einschreiten Belgiens in Duisburg.

* Berlin, 31. März. Dem „Berl. Tagebl.“ wird aus Haag gemeldet, daß nach dem „Allgemeinen Handelsblatt“ am Sonntag ein belgischer Offizier und ein Beamter dem Spartakistenführer Bildt in Duisburg ein Ultimatum auf sofortige Räumung von Duisburg und Bahrung einer neutralen Zone von 10 Kilometern östlich des Rheins überreicht habe.

Die Haltung Amerikas.

(W.B.) Paris, 30. März. (Havas.) Der amerikanische Botschafter Wallace übermittelte Millerand eine Note der amerikanischen Regierung hinsichtlich der Befestigung des Ruhrbeckens. Die Washingtoner Regierung soll gegen die Befestigung dieser Zone durch deutsche Truppen keine Einwendungen erheben, dagegen würde sie in einer Befestigung durch alliierte Truppen Unzulässigkeiten erblicken.

Das Urteil des Auslandes.

(W.B.) Paris, 31. März. In seinem gestrigen Zeitartikel beschäftigte sich der „Temps“ mit der Lage im Ruhrgebiet. Der „Temps“ glaubt feststellen zu können, daß die Regierung in Berlin weniger einer bolschewistischen Gefahr als einer offensiven Rückkehr des Militärs ausgeht sei.

Zur äußeren Lage.

Friedenszustand zwischen Deutschland und Amerika.

(W.B.) Amsterdam, 30. März. „Times“ melden aus New York, daß die Entschleunigung, in der der Friedenszustand zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland erklärt wird, wahrscheinlich heute im amerikanischen Senat verhandelt wird.

Russisches Friedensangebot an Alle.

(W.B.) Anapolis, 30. März. (Zunkspruch.) „New York American“ veröffentlicht ein drahtloses, an Litwinow gesandtes Friedensangebot von Sowjetrußland an die Nationen der Welt. Es umfaßt folgende Punkte:

1. Anerkennung der Sowjetrepublik Rußland.
2. Anerkennung des Rechts, das Sowjetexperiment in Rußland weiter zu entwickeln.
3. Bereiterklärung Sowjetrußlands, sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen.
4. Verpflichtung der anderen Länder, sich ebenfalls der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Rußlands zu enthalten.
5. Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen.
6. Auflösung der Roten Armee, sobald der Frieden gesichert ist.
7. Anerkennung der Schulden und Anleihen, einschließlic der Zinsen, der früheren russischen Regierung durch Sowjetrußland.

Die Sowjetregierung erklärt sich außerdem bereit, die Freiheit jeden Landes, sich seine eigene Regierungsart zu wählen, zu achten und diesen Grundsatz auch auf die russischen Randstaaten anzuwenden. Sowjetrußland beansprucht jedoch für sich dasselbe Recht. Die Sowjetregierung erklärt: Wir suchen keine Allianz mit irgend einer Nation und wollen keine Nation angreifen. Wir setzen unsern Glauben in den Frieden. Wir suchen Handelsbeziehungen mit allen Nationen der Welt. Wir lehnen es feierlich ab, irgend welche gegen die alliierten Regierungen gerichtete geheime Verhandlungen mit Deutschland in Erwägung zu ziehen. Wir wollen keinerlei militärische Abmachungen. Wir bieten Polen einen lokalen Frieden an, können jedoch nicht zulassen, daß es unter dem Vorwand, seine Bewohner gegen den Bolschewismus zu verteidigen zu wollen, große Grenzgebiete einheimst.

Ein Staatsstreich des Königs von Dänemark.

* Berlin, 30. März. Nach Meldungen aus Kopenhagen hat der König von Dänemark verfassungswidrig das Ministerium Zahle entlassen. Der „Vorwärts“ schreibt über die Vorgänge: Der König wird bei dem urdemokratischen Charakter des dänischen Volkes den Streich möglicherweise mit seiner Absetzung zu bezahlen haben.

Die Gründe für den erzwungenen Rücktritt sind nach den wenigen vorliegenden Meldungen offenbar in der nord-schwedischen Politik des Ministeriums Zahle zu suchen, die nicht in

Amtliche Bekanntmachungen.

Die Fehlanweisungen

werden im Monat April d. J. wie folgt erteilt:
am Dienstag den 6. April und am Montag den 19. April für die Bäder und Händler der Stadt Calw, Hirsau, Liebenzell und Unterreichenbach;
am Mittwoch den 7. April und am Dienstag den 20. April für die Bäder und Händler der übrigen Bezirksgemeinden.
Calw, den 29. März 1920. Kommunalverband Calw: Oberamtmann Gös.

Oberamtliche Bekanntmachung.

Die Herren Ortsvorsteher werden ersucht, das Verzeichnis der in dem Quartal 1. Januar bis 31. März 1920 von dem Ortsvorsteher angelegten Sporteln an das Oberamt einzufenden. Sind in dem abgelaufenen Vierteljahr keine Sporteln angefallen, so ist Fehlanzeige zu erstatten.
Calw, den 29. März 1920. Oberamtmann Gös.

dem annexionistischen Sinn der Albanen geführt war. Die Albanen suchten das Abstimmungsergebnis in der 2. Zone umzustossen, und König Christian hat sich auf die albanische Seite gestellt. Mit seinem Staatsstreich hat er sich über die Verfassung einfach hinweggesetzt, um ein Ministerium zu bilden, das in seinem Sinne wirken würde.

(W.B.) Kopenhagen, 30. März. Die Gewerkschaftsausgänge der vereinigten Gewerkschaften, der sozialdemokratische Verband und die Gemeinschaftsorganisation der Arbeiter Kopenhagens sowie Repräsentanten der Reichstagsgruppe und der Gruppe innerhalb der Stadtverordnetenversammlung Kopenhagens haben am Montag dem König ein Ultimatum gestellt. Es wurde die Wiedereinsetzung des Ministeriums gefordert, widrigenfalls der sofortige Eintritt in den Generalfreistat verkündet würde. — Der König hat ein neues Kabinett ernannt und das Ultimatum abgelehnt. Die sozialdemokratische Fraktion hat daraufhin den Generalfreistat für morgen früh proklamiert. Sie beabsichtigt, ein eigenes Kabinett zu bilden und den König und das Kabinett, das in seinem Auftrag gebildet wird, zum Rücktritt aufzufordern.

Die italienische Politik.

(W.B.) Rom, 29. März. In der gestrigen Kammerführung sprach Ministerpräsident Ritti über die äußere und innere Politik. Mit den Jugoslawen strebe er freundschaftliche Beziehungen an. Die Abfrage müsse klar und bestimmt geregelt werden, entweder durch ein freundschaftliches Abkommen mit den Jugoslawen oder durch die Anwendung des Londoner Vertrages. Der Entsendung von Delegierten nach Rußland, die sich über die dortige Lage unterrichten sollen, werde er sich nicht widersetzen. Italien trete für die Befreiung Konstantinopels bei der Türkei ein, desgleichen für die Respektierung des Kalifen in Konstantinopel. Italien verlange Beteiligung an der Kontrolle der Meerengen und an der Ausbeutung der großen Reichthümer Kleinasiens, erstrebe aber keinen Landwerb. Ueber die innere Politik sagte Ritti, Schwierigkeiten beständen bei der Versorgung des Landes mit Rohstoffen, vor allem mit Eisen und Kohle, mit Rücksicht auf die Baluta. Er appelliere an alle Parteien, darauf hinzuwirken, daß die Arbeiter mehr hervorbringen und weniger verbrauchen.

Die Franzosen und das Deutschtum im Elsaß.

Der Unterprefekt von Schlettstadt, also ein ganz simpler Verwaltungsbeamter, hat dem widerstrebenden Gemeinderat der Stadt Schlettstadt die Ortsbezeichnung „Sélestat“ aufzuzwingen. Der gleiche eifrige Beamte schreitet munter auf der Bahn der Veseitigung der alten bodenständigen Namen in seinem Verwaltungskreis fort, damit auch in dieser Neuherlichkeit zum Ausdruck komme, was die Franzosen mit dem altemannischen Volkstum vorhaben. Die elsässische Presse verfolgt diese Angriffe auf die angekommene Art des Volkes mit offenem Mißmut. Eine Versammlung von Mitgliedern der katholischen Volkspartei aus der Schlettstadter Gegend hat nachstehende Entschleunigung gefaßt: „Ueber zweihundert in Hülfsheim versammelte Männer verlangen, daß in dem Schulunterricht der deutschen Sprache ein angemessener Raum gelassen wird, damit alle ihre Kinder bei der Schulentlassung das Deutsche verstehen, geläufig lesen und schreiben können.“

Deutschland.

Vom Reichsrat.

(W.B.) Berlin, 30. März. In der heutigen öffentlichen Sitzung des Reichsrats wurde u. a. der Entwurf einer Verordnung über die Heraushebung des Grundlohnes und die Ausdehnung der Versicherungspflicht von Krankenversicherungen angenommen. Der Grundlohn soll sich künftig in den Grenzen von 15 bis 20 Mark bewegen und die Versicherungspflicht auf Einkommen bis zu 12 000 Mark erhöht werden. Angenommen wurde ferner eine Verordnung über den Verkehr mit Zucker, wonach der Preis für den Zentner Zucker, der für Januar auf 101,60 Mark festgesetzt war, von April ab auf 135 Mark erhöht wird, und ein Entwurf über die Erhöhung der Schammweinsteuer.

Die Wahl des Reichspräsidenten.

(W.B.) Berlin, 30. März. Nach dem heute zur Beratung kommenden Gesetzesentwurf ist die Wahl des Reichspräsidenten unmittelbar und geheim. Wahlberechtigt ist jeder Reichstagswähler innerhalb des Reichsgebiets. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte aller gültigen Stimmen erhält oder mangels einer solchen Mehrheit derjenige, der im zweiten Wahlgang die meisten gültigen Stimmen erhält. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Reichswahlleiter durch Los.

Die Gesetze über die Reichswehr und Reichsmarine.

(W.B.) Berlin, 30. März. Ein der Nationalversammlung vorgelegter Gesetzesentwurf sieht die Verlängerung der Gültigkeit der Gesetze über die vorläufige Reichswehr und die vorläufige Reichsmarine vor, die mit dem 31. März 1920 außer Kraft treten würde.

Weitere Bewirtschaftung des Druckpapiers.

(W.B.) Berlin, 30. März. Durch Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministeriums vom 27. März 1920 wird die Fortsetzung der Bewirtschaftung des für die Tagespresse und die Buch- und Zeitschriftenverlage bestimmten Druckpapiers angeordnet.

Wiederaufbau der Hamburg-Amerika-Linie.

* Berlin, 30. März. Dem „Abend“ zufolge sind die Direktoren der Hamburg-Amerika-Linie Cuno und Guldermann nach New York abgereist. Die Reise bezweckt die Aufnahme von Verhandlungen für den Wiederaufbau der Hamburg-Amerika-Linie unter Beteiligung amerikanischer Schiffahrtsinteressenten.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 31. März 1920

Aus dem Bezirksrat.

In der Bezirksratssitzung vom 22. März, welche in Borzheim stattfand, stand als Gegenstand der Beratung die Durchführung des Jugendamtsgesetzes auf der Tagesordnung. Hierzu war auch der Bezirksrat Neuenbürg mit seinem Vorsitzenden, Oberamtmann Bullinger erschienen und es war Aufgabe der beiden Bezirksräte, nachdem die Bezirke Calw und Neuenbürg zur Erleichterung eines gemeinsamen Jugendamtes vereinigt worden sind, sich über die Grundlinien des zu bildenden Bezirksverbandes zu einigen. Der vom Oberamt Calw ausgearbeitete Entwurf wurde dabei angenommen. Hiernach werden zur Durchführung des Gesetzes die beiden Bezirksräte Calw und Neuenbürg unter dem Vorsitz des Oberamtmanns von Calw zu einem Verwaltungsausschuß vereinigt. Beide Bezirke haben die gleiche Stimmzahl. Der Stimmenscheid ruht in der Hand des Oberamtmanns von Calw. Kassier des Verbandes ist der Oberamtssekretär von Calw. Die Schriftführerstelle hat der Oberamtssekretär in Calw zu besorgen. Die durch die Durchführung des Jugendamtsgesetzes erwachsenden Kosten sind von den beiden Bezirken im Verhältnis zu ihrer Steuerkraft zu tragen. Bei diesem Anlaß wird das Jugendamtsgesetz nochmals durchgesprochen. Man ist sich darüber einig, daß eine erhebliche Anzahl Kinder unter die Fürsorge des Jugendamtes fallen und daß im Lauf der Zeit eine erhebliche Belastung beider Bezirke zu gewärtigen ist. Rechnet man nur 1000 Kinder mit einem jährlichen durchschnittlichen Aufwand von 100 Mark, so macht dies allein einen jährlichen Aufwand von 100 000 Mark ohne die Verwaltungskosten. Die Frage, ob die Kinder zweckmäßiger in Familienpflege oder in Anstaltspflege untergebracht sind, wird unter Berücksichtigung der Kostenfrage wohl bald in den Vordergrund der amtlichen Erwägungen treten. Der Bezirk Neuenbürg besitzt bisher eine Kindererziehungsanstalt nicht, wohl aber der Bezirk Calw eine solche in Stammheim. Der Vorsitzende gab sodann die bisher eingelaufenen Meldungen um die Geschäftsführerstelle bekannt. Bezüglich der Frage der Bezirksfürsorge vertritt der Bezirk Neuenbürg den Standpunkt, daß eine Bezirksfürsorge für beide Bezirke nicht ausreiche, daß vielmehr zwei Bezirksfürsorgeämter, eine mit dem Sitz in Calw und eine mit Sitz in Neuenbürg notwendig seien. Der Vorsitzende schlug für diesen Fall vor, die Geschäftsabteilung zwischen beiden Bezirksfürsorgeämtern unabhängig von der Oberamtsgrenze nach Zweckmäßigkeitsgründen vorzunehmen. Im übrigen war aus den Verhandlungen herauszulesen, daß diese Vereinigung den Vorfällen von Neuenbürg nicht findet, was dem Vorsitzenden Anlaß gab, zu betonen, daß diese Verbindung auch nicht von Calw gewünscht worden sei. Es handelte sich bei dieser Vereinigung beider Bezirke um keine Liebesheirat, nicht einmal um eine Verlobung, sondern entsprechend dem Zeitgeist lediglich um eine von oben herab kommandierte Zwangsheirat. Es wurde aber das Klügste sein, sich in Ruhe in die Verhältnisse zu fügen. Die Verbandsfassung wurde hierauf von beiden Bezirksräten einstimmig angenommen.

Zur Durchführung des Sozialversicherungsgesetzes bei der Elektrizitätswirtschaft haben die Bezirke des Landes einen sachverständigen Vertrauensmann in die Reichskommission zu stellen. Unter Ablehnung des Vorschlags des würt. Städtetags einigten sich die Bezirksratsmitglieder auf den Vorschlag der würt. Ueberlandwerke und wählten Direktor Monath in Ludwigsburg. Diesem Vorschlag schließt sich auch der Bezirksrat Neuenbürg an. — Der Bezirksrat Freudenstadt ist bei dem würt. Landtag vorstellig geworden, die Sonntagswahlen für Ortsvorsteher und Gemeinderatswahlen wieder abzuschaffen, da sie einem Bedürfnis in den meisten Gemeinden nicht entsprechen und außerdem die religiösen Gefühle der Bevölkerung verletzen. Der Bezirksrat Calw schließt sich diesem Antrag an. Wenn trotzdem an den Sonntagswahlen festgehalten werden will, so soll im Gesetz Spielraum gelassen werden, daß die Gemeinden im Einzelfall durch Beschluß einen Werktag wählen können.

Das Opfer am Karfreitag.

Das Opfer in den evangel. Kirchen des Landes am Karfreitag ist für den kirchlichen Hilfsfonds zur Unterstützung bedürftiger Kirchengemeinden bei Pfarrhaus- und Kirchenbauten bestimmt. — Die Kollekte am Erntedankfest für die Basler Mission hatte im Bezirk Calw 2286 M und das Opfer des Landesbistags zur Unterstützung vertriebener Eltsäfer und Bakten 1897 M ergeben.

Eisenbahnverkehr an Sonntagen.

Von Ostermontag, den 5. April ds. J. an wird der Personenverkehr an Sonn- und Feiertagen in beschränktem Umfang wieder aufgenommen. Da am 6. April ds. J. infolge Aenderung in den Arbeitszeiten der gewerblichen Betriebe des Landes weitgehende Fahrplan-Änderungen notwendig werden, werden die Fahrpläne neu ausgegeben.

alverammlung
längerung der
s wehr und
31. März 1920

ppapiers.
ntmachung des
wird die Fort-
und die Buch-
angeordnet.

ka-Linie.
sind die Direkt-
uldermann
nahme von Ver-
rika-Linie unter

31. März 1920

je in Pforz-
ung die Durch-
nung. Hierzu
sitzenden, Ober-
gabe der beiden
ürg zur Erlich-
orden sind, sich
bes zu einigen.
wurde dabei an-
des Gesetzes die
em Vorst. des
ausstufung ver-
l. Der Stütz-
Calw. Kaffee
Die Schrift-
besorgen. Die
schenden Kosten
erer Steuerkraft
gehört normal
eine erhebliche
tes fallen und
über die Zölle
zu einem jährlicher
des allein einen
waltungskosten.
Klempfleger oder
aufsichtigung der
mlichen Erwä-
eine Kinder-
eine solche in
eingelaufenen
Bezüglich der
Neuenbürg den
e Bezirke nicht
eine mit dem
notwendig sein.
schäftsabteilung
von der Ober-
n. Im übrigen
se Vereinigung
im Vorstehenden
nicht von Calw
einigung beider
eine Vernunft-
um eine von
er das Mitleid
Die Verbands-
stimmig ange-

bei der Gele-
nen sachver-
stellen. Unter
ingten sich die
Ueberlandwerke
Diesem Vor-
Der Bezirksrat
geworden, die
einderatswahl
n meisten Ge-
nen Gefühle der
st sich diesem
ten festgehalten
werden, daß die
wählen können.

Landes am
s zur Unter-
erhaus- und
rscheinungszeit
36 M und das
iebener Elst-
Z.

en.
der Personen-
Umfang wieder
nderung in den
es weitgehende
die Fahrpläne

Die Streikgefahr.

Der Dienstag ist in Stuttgart völlig ruhig vorübergegangen. Zu einem Streik kam es nirgends. Der mäßige Einfluß der Reichssozialisten, die den Generalstreik ablehnen, bezieht die Oberhand Beratungen und Verhandlungen zwischen den Führern der Streikbewegung finden aber noch statt. Eine Vertrauensmännerziehung der U.S.P. beschloß, in den Betrieben vor Schluß des heutigen Arbeitstags Abstimmung über den Generalstreik vorzunehmen. Die Entscheidung der Streikkommission wird aber erst heute früh fallen.

Der „Sozialdemokrat“ schreibt unter der Stichmarke „Vor neuen Kämpfen in Württemberg“: „Die Rüstungen und Truppentransporte haben eine große Erregung unter der Arbeiterschaft hervorgerufen. Leider sind die Parteien nicht einig in dem entschlossenen Widerstand gegen den Arbeitermord.“ — Demgegenüber warnt die Staatsregierung, die württ. Arbeiterschaft ins Unglück zu stürzen. Es seien alle Maßnahmen getroffen, um einen unbegründeten Angriff auf die Ruhe und den Frieden in Württemberg abzuwehren. Teilstreiks sind seit Montag mittag in Heilbronn und Neckarsum ausgebrochen.

Die württembergische U. S. P.

Am Samstag und Sonntag tagten 230 Delegierte der U.S.P. auf einer Landesversammlung in Stuttgart. Nach dem Geschäftsbericht hat die Partei im letzten Jahr erheblich zugenommen; die Mitgliederzahl stieg von 8000 auf 16526. Eine Entschließung fand einstimmige Annahme, die Protest dagegen einlegt, daß wieder württ. Truppen gegen das Proletariat verwendet werden. Die Parteigenossen im ganzen Lande werden aufgefordert, in allen Orten und Betrieben die sofortige Wiederaufnahme des Generalstreiks zu diskutieren und vorzubereiten. Zum Vorsitzenden des Landesvorstands wurde Engelhardt gewählt.

Die Einführung der Reichsfinanzverwaltung.

Mit dem 1. April erhalten die Steuerbehörden als Reichsfinanzbehörden neue Bezeichnungen. Das Steuerkollegium erhält die Bezeichnung Landesfinanzamt. Die Kameralämter werden Finanzämter. Die Hauptzollämter behalten ihre bisherige Bezeichnung bei. Das Landesfinanzamt hat drei Abteilungen: 1. für direkte Steuern, 2. für Zölle und Verbrauchsabgaben, 3. für die Verwaltung des Reichsvermögens. Der Abteilung 1 sind die Finanzämter, das Katasterbüro und die Bezirksamtsstellen, der Abteilung 2 die Hauptzollämter und Zollämter, sowie die Verbrauchsabgabefachen der Finanzämter, und der Abteilung 3 die Reichsvermögensämter und Reichsverpflüchtigungsämter unterstellt.

Vorbereitungen zum Neckarkanal.

Im Zusammenhang mit den Vorarbeiten zur Neckarkanalisierung wird zurzeit ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, der zu Gunsten des Reichs, des Staats, der Gemeinden und gemeinnütziger Vereine die Möglichkeit der Zwangsenteignung von Grundstücken schafft, die für den Neckarkanal selbst benötigt werden, oder deren Erwerb zur Erreichung der mit dem Unternehmen in Verbindung stehenden auf das öffentliche Wohl gerichteten Zwecke, insbesondere der Industrie- und Wohnsiedelung, erforderlich ist.

Die Ausfuhr von Leder und Häuten.

Auf eine Anfrage der Nationalversammlung wegen der Ausfuhr eines Postens Rind-, Kalb- und Sohlfentelers von 10000 Quadratfuß, das von einer württ. Firma nach Holland, der Schweiz und Italien verfrachtet wurde, wurde die Auskunft erteilt, daß die Lederausfuhr verboten ist. Die Ausfuhr genehmigung wurde der württ. Firma erteilt, da das Leder als Gegenleistung für eingeführte Rohware galt. Die Ausfuhr von Kompensationsleder ist auf 75 Prozent des aus der eingeführten Häutemenge sich ergebenden Ledererzeugnisses beschränkt.

Neue Höchstpreise für Tabak.

Das Reichswirtschaftsministerium hat die Preise für 1919er Rohtabak aus der Inlandsernte bis zur Höhe von 60 Prozent einschließlich der früher bewilligten 20 Prozent Prämienzuschlag erhöht.

Rückgang der Zuckerproduktion.

Nach den amtlichen Berechnungen betrug die Zuckerezeugung im deutschen Zollgebiet in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres (Sept. 1919 bis Jan. 1920) 14,27 Mill. Doppelzentner (im Vorjahr 26,1 Mill. Doppelzentner).

Nochmals die Zündholzpreise.

Von berufener Seite wird mitgeteilt, daß die neuen erhöhten Zündholzpreise, wonach der Verkaufspreis für ein Paket mit zehn Schachteln auf 3,50 M festgesetzt ist, laut Verfügung des Reichswirtschaftsministeriums vom 19. Februar ds. Js. mit Wirkung vom 1. März ab datieren. Der Preis setzt sich folgendermaßen zusammen: Steuer pro Paket 30 Pfennig, Beitrag der Fabrikanten für einen Ausgleichsfonds zum Bezug ausländischer Hölzer an die Reichswirtschaftsstelle 1,25 M, Herstellungspreis und Händlermengen 1,95 M, zusammen also 3,50 M.

Kriegsfürsorge und Kriegswohlfahrtspflege.

Durch eine umfangreiche Verfügung des württ. Arbeitsministeriums im „Staatsanzeiger“ wird über die Familienunterstützung und die Kriegswohlfahrtspflege auf diesem Gebiet eine Zusammenstellung geben, was über den 1. April hinaus noch Gültigkeit hat.

W. Stammheim, 28. März. Einen schönen Empfang hat unsere Gemeinde Ihren aus der Gefangenschaft heimgekehrten Söhnen bereitet. Der hiesige Männergesangsverein erfreute jeweils jeden Einzelnen nach seiner Rückkehr mit einem stimmungsvollen abendlichen Ständchen vor seinem Heim. Heute früh erfolgte auf dem Rathaus die Begrüßung namens der bürgerlichen Gemeinde durch den Ortsvorsteher in Form einer Ansprache und Ueberreichung einer Ehrengabe. Die Kirchengemeinde veranstaltete Nachmittags in der Kirche einen von Nah und Fern zahlreich besuchten Gesangsottesdienst zu Ehren ihrer wiederkehrten Gemeindeglieder. Der Ortsgeistliche hieß die Heimkehrer herzlich willkommen und gedachte dabei auch derer, denen eine Rückkehr in die Heimat nicht mehr beschieden war. In Anlehnung an Worte aus den Psalmen wurden durch den Kirchenchor Chöre und durch einige seiner Mitglieder Quartette, Terzette und Solopartien vorgelesen, auch ein Kinderchor erfreute durch seine frischen Stimmen. Die Instrumentalmusik kam mit einigen vom hiesigen Bläserchor gespielten Chorälen und etlichen Violinduetten mit fein angepaßter Orgelbegleitung vollauf zu ihrem Recht. Die ganze musikalische Leitung lag in der kundigen Hand des unermüdblichen Kirchenchorleitenden, Hausvater Gugeler. Das Opfer ist als Grundstock für die Wiederanschaffung einer dritten Glocke bestimmt, die dereinst künftigen Geschlechtern eine Erinnerung sein soll an unsre gefallenen Helden.

Widdach, 30. März. Im Gemeinderat wurden laut „Enztäler“ weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot beschlossen. U. a. will die Stadt auf einem ihrer Grundstücke 2 Doppelwohnhäuser mit je 8 Wohnungen, zusammen 16 Wohnungen, erbauen, deren Baukosten sich nach dem vom Stadtbauamt gefertigten vorläufigen Voranschlag auf je 350 000 M, zusammen 700 000 M belaufen. Zu den Baukosten soll um ein Reichsdarlehen gemäß der Ministerialverordnung vom 3. März 1920 nachgesucht werden. — Ferner wurde beschlossen, die Gasthäuser zum „Badischen Hof“ und zum „Jägerstübli“ anzukaufen, um kleinere Wohnungen darin einzurichten oder die Anwesen weiteren städtischen Zwecken nutzbar zu machen.

Neuenbürg, 30. März. In dem benachbarten Ottenhausen ereignete sich eine gräßliche Bluttat: Ein russischer Kriegsgefangener, der erst seit 14 Tagen von

Münsingen aus bei der Witwe Schöntaler war, überfiel die 24-jährige Tochter und schnitt ihr in der Küche den Hals ab. Dann versuchte er auch der Mutter den Hals abzuschneiden. Die Frau lief aber um Hilfe und wurde gerettet. Sie liegt schwer verletzt im Spital in Neuenbürg. Der Grund ist noch unklar. Auch der 14-jährige Sohn wurde durch Schnittwunden an den Händen leicht verletzt. Er rettete seiner Mutter das Leben. Der Mörder wurde in das Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert. Die Familie verlor erst vor zwei Monaten ihren Ernährer durch den Tod.

Stuttgart, 30. März. Auf dem Bahnhof Pforzheim wurde in der letzten Nacht dem Hilfsweichenwärter Wilhelm Vater beim Ueberfahren der Gleise von einer Lokomotive der Kopf abgefahren. Vater war verheirateter Kriegsinvalide und Schwerhörig.

Stuttgart, 29. März. Die Forderungen der Gewerkschaften und der Streikkommission haben auch den Bürgererrat Groß-Stuttgart zu einer Kundgebung veranlaßt. Er fordert die württ. Regierung auf, diesen diktorischen Machtansprüchen eines Standes ein kategorisches Nein entgegenzusetzen, die eben beschworene Reichsverfassung getreulich zu wahren und allen Verfügen, die Einwohnerwehren aufzulösen oder in ihrer Schlagfertigkeit zu beeinträchtigen, entschieden entgegenzutreten.

Stuttgart, 29. März. Gegenüber der mit einem Lederausschlag begründeten Erhöhung der Preise für Maschinerie und Reparaturen gibt die Stadt. Preisprüfungsstelle bekannt, daß diese Festsetzung ohne ihre Mitwirkung erfolgt ist, daß die bisher bezahlten Lederpreise im allgemeinen wesentlich niedriger sind und eine Nachprüfung der veröffentlichten Preise, der verwendeten Ledermenge und des Nutzens des Schuhmachers statzufinden hat.

Stuttgart, 29. März. Am Samstag fand in der Liederhalle eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Schwäb. Sängerbundes statt. Von den mehr als 400 Vereinen, die im Bunde zusammengeschlossen sind, hatten 300 einen Vertreter entsandt. Der auf neuer Grundlage in demokratischem Geiste aufgestellte Satzungsentwurf wurde gutgeheißen. Die Vereine erhalten dadurch weitgehende Selbstbestimmung. Zum Bundespräsidenten wurde wieder Oberbürgermeister Fülle-Helbenheim gewählt. Das nächste allgemeine Sängertreffen soll in Ulm stattfinden.

Stuttgart, 30. März. Die Stuttgarter Laubhänge prägen im schönsten Blütenprunk. Die Frühobstbäume sind wie mit Schnee überschüttet. Der Blütenanfang ist ein hervorragend guter. Auch der Wald beginnt sich zu färben, das Braun weicht dem hellen Grün. Die Kastanienbäume in den Straßenzügen haben ihre Blätter entfaltet. Die sommerlich warme Temperatur der letzten Tage hat die Vegetation überaus gefördert.

Waiblingen, 30. März. Die berühmte Frühfrühlingsblüte in Strümpfelbach und Stetten hat sich in schönster Pracht entfaltet. Auch Frühweitschen und mitunter auch schon Frühbienen stehen in voller Blüte.

Schramberg, 30. März. Die in den sieben größten Betrieben unsere Industriestadt vorgenommenen Wahlen für die Betriebsräte ergab 30 Angehörige der Freien Gewerkschaften, 14 der Christlichen Gewerkschaften, 4 der Hirsch Dunder und 2 Unabhängige.

Neuhingen, 31. März. Das „Neuhinger Volksblatt“ begeht dieser Tage das Jubiläum seines 25jährigen Bestehens. Aus diesem Anlaß haben Verlag und Redaktion eine besondere Jubiläumsummer herausgegeben, die eine Reihe von Aufsätzen über Neuhingen, seine Geschichte und seine Landschaft enthält.

Biberach, 30. März. Der frühere Reichsfinanzminister Erzberger befindet sich seit letzter Woche zur Erholung im Jordanbad.

Die Schriftl. verantw.: J. Bertr.: H. D. Röder, Calw. Druck und Verlag der A. Blöchliger'schen Buchdruckerei, Calw.

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.
Buttermarke Nr. 3 kann eingelöst werden.
Die Bewerbungen für den Butterverkauf des nächsten Vierteljahres wollen die Kaufleute bis spätestens Dienstag, den 6. April einreichen.
Es können gekauft werden auf Lebensmittelmarke Nr. 198 Teigwaren, 1 Anteil 180 Gramm.

Verkaufe ein neu angelegtes
Sofa,
1 Küchekasten,
sowie
1 Kleiderständer
Albert Knoll, Calw, Tonwarengeschäft.

Wer übernimmt sofortlaufendes Sammeln von
Brombeer-Blättern
gegen gute Bezahlung?
Angebote an
Friedr. Kraushaar, Kaffee- u. Teeerohandlung, Stuttgart, Gutenbergstraße 109

In Uebereinstimmung mit den anderen Banken halten wir unsere
Kasse
am Samstag, 3. April den ganzen Tag geschlossen.
Spar- und Vorschußbank Calw.

Verkaufe eine hochträgliche
Schaff- und Kuh
Eugen Harisch, z. Schiff.

Gewerbeschule Calw.
Vom Osterfreitag, den 3. April bis Ostermontag, den 5. April, findet im Gewerbeschullokale des Mädchen-schulgebäudes eine
Ausstellung von Schülerarbeiten
statt. Am Freitag, den 16. April, werden von nachmittags 2 1/2 Uhr an im Georgenäumssaal
öffentliche Unterrichtsproben
abgehalten, woran sich um 5 1/2 Uhr die
Abschlussfeier mit Preisverteilung
anschließen wird.
Zum Besuch dieser Veranstaltungen werden die Behörden, die Lehrherrn und Eltern der Schüler, sowie alle Freunde der Gewerbeschule herzlich eingeladen.
Der Vorstand: Aldinger.

Am Samstag, den 3. April sind unsere
Geschäftsräume den ganzen Tag geschlossen.
Creditbank für Landwirtschaft und Gewerbe e. G. m. b. H. Calw.

Bekanntmachung.
Abhaltung von Pferdemarkten
bet.
Der am Montag, den 5. April d. J. fällige
Pferdemarkt
findet erst am
Dienstag, den 6. April d. J. statt.
Pforzheim, 29. März 1920.
Das Bürgermeisteramt.

Näh-Mühle
Flickerin.
Bester Nähapparat!
Jeder sein eigener Schuster u. Sattler!
Näht alles!
Preis mit 2 Nad. u. Faden Stück Mk. 3.
Ferner offeriere
Emaille- und Porzellan-Ritz!
Feuer- u. wasserfest, p. Paket 60 u. 80 Pfg.
E. Daniels, Stuttgart, Büchsenstr. 30 b.

Sainen, 31. März 1920.
Todes-Anzeige.

Tiefbetriibt machen wir Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß unser lieber, unvergesslicher Sohn, Bruder, Schwager und Onkel
Wilhelm Neuß
am Dienstag Morgen nach einer schweren Lungenerkrankung im Krankenhaus in Calw im Alter von 17 1/2 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.
Um stille Teilnahme bitten
die trauernden Hinterbliebenen:
Familie Georg Wohlgenuth.
Beerdigung findet am Freitag Nachmittag um 2 Uhr in Maissenbach statt.
Das Calwer Tagblatt kann jederzeit bestellt werden!

Bez.-Verein für Geflügelzucht u. Vogelschutz Calw.
Am Ostermontag, 5. April, nachmittags 1/2 8 Uhr, findet im Gasthof z. „Röhlen Brunnen“ in Teinach eine **Verammlung**

statt mit Vortrag über wichtige Fragen rationeller Geflügelzucht, wozu alle Geflügelzüchter, insbesondere aber unsere werten Mitglieder von Teinach und Umgebung, freundlichst eingeladen sind. Der Ausschuss.

Darlehensstaffenverein Calw
e. G. m. u. H.

Dienstag, den 6. April, abends 7 1/2 Uhr
Generalversammlung
bei Maier, zur „Schwane“.
Tagesordnung: 1. Kassenbericht. — 2. Auszahlung der Dividende aus vollen Geschäftsanteilen.
Die Mitglieder werden zu zahlreichem Besuch freundlichst eingeladen. Vorstand und Aufsichtsrat.

Rüfer-Innung Bezirk Calw.
Zu der am Donnerstag, den 1. April nachmittags 1 Uhr stattfindenden
Verammlung
beim Vorstand werden alle Kollegen dringend eingeladen.
Der Vorstand: Schab.

Hochzeits-Einladung.
Wir erlauben uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Ostermontag, den 5. April 1920 stattfindenden
Hochzeits-Feier
in das Gasthaus zum „Hirsch“ in Röttenbach freundlichst einzuladen.
Friedrich Förcher,
Sohn des Johs. Förcher, Oberkollwangen.
Christine Bauer,
Tochter des Johs. Bauer, Röttenbach.
Kirchgang 1/11 Uhr.

Landwirtschaftliche Maschinen
und
Geräte aller Art
sowie
Siebe und Drahtwaren
empfehlen
Gg. Wackenhuth.

Monakam.
Fahrnis-Verkauf.
Wegen Entbehrlichkeit verkauft Gemeinderatseger Wohlgemuth am Ostermontag, vormittags 1/9 Uhr gegen Barzahlung folgende Gegenstände:
1 Tisch, 3 Bänke, 2 Bettladen, 2 gutgehende Wanduhren, 2 Spinnräder, 1 Haspel, 1 Butterfaß, 1 Schleifstein samt Gestell, 2 große Korbflaschen, zirka 10 met. Wasserleitungsrohr, 2 Messinghähnen und verschiedene Hausrat.
Zusammenkunft vor seinem Hause.

Aus Privathand guterhaltenes
2-4 sitzig. Auto
zu kaufen gesucht.
Angebote unter D. 61 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Wir empfehlen:
Mohnsaat
Steckbohnen
Zucker-Kunkeln
Eckendörfer-Kunkeln
Feldrüben
Zuckerrüben
Tabakfamen
sowie alle

Gartenjämereien
Geschw. Deuschle.

Rollmops
Bismarckheringe
Essig-Gurken
eingetroffen und empfiehlt
Fr. Pfeiffer, Vorstadt.

RAFFEE
Fernsprecher Nr. 120.
in bekannt
gut. Mischung,
roh u. jede Woche
frisch gebrannt
empfiehlt bestens
C. Serva.



Ruf's Heidelbeeren mit Zutaten. Pakete zu 100 Liter M. 42,50
Ruf's Heidelbeeren mit Zutaten. Pakete zu 50 Liter M. 21,50, mit Süßstoff 100 Liter M. 3,50 teurerer.
Ferner Kunsimostansatz mit Heidelbeersatz, mit und ohne Süßstoff, in Flaschen zu 50 und 100 Liter.

Niederlagen:
Friedrich Lamparter, Calw.
Emil Körner, Hirsau. Fr.
Oswald, Liebenzell. Carl
Stralle, Althengstett. Gott.
Sattler, Stammheim. Gottl.
Walz, Deckenpfronn.

Landwirte!
Zur Bekämpfung von Krankheiten d. Schweine spec. Krampf u. Kollauf, z. Aufzucht u. Erhaltung eines gesunden Tierbestandes gebraucht einzig und allein die ächte **Hirsch-Universal-Komposition.**

Niederlage in der **Neuen Apotheke Calw.**

Biehbesitzer!
Wenn Ihre Kuh nicht rinndert oder rinndert u. nicht aufnehmen tut, oder an einem Scheidekatarrh leidet, tut, dann verlangen Sie bitte Auskunft gegen eine Retounerkarte.
A. Woback, Kirchheim-Teck.

Ein 1/2 jähriges **Zucht-Rind** steht dem Verkauf aus. Wer, sagt die Geschäftsstelle d. B.

Die Grippe!

Sur Vorbeugung gegen Grippe und zur Kräftigung nach einem Anfall ist hervorragend geeignet:

Dr. Detter's Eiweiß-Nahrung
Urkraft



Arztlich empfohlen.
Du haben in Schachteln à 100 gr. Preis M. 3. in Drogen u. Apotheken, wo nicht, wende man sich an **Erzeugungswerke Detter & Co. GmbH, Silesfeld.**

Paul Räuohle, vorm. I. Steudle
Calw, am Markt. Fernsprecher III.

Geschäftshaus für
Bekleidung und
Ausstattung.

Einen Posten
neue schöne Stühle
hat preiswert zu verkaufen
G. Bayer, Malermeister.

Zur Saat empfiehlt:
Nothlee (dreifährig.) seibefrei p. Bfd. 19 Mk. p. Str. 28 Mk.
Luzerne (ewig) **Wicken, sämtl. Gartenfamen, Angersfen**
echte Eckendorfer 1 Str. 3,50 Mk.
E. Straile, Althengstett.

Emaillernen-Lehrmädchen
bei gründlicher Ausbildung kann sofort eintreten
Aug. Ullmann, Email-Kunst-Anstalt Pforzheim, Westl. Karl-Fr. Str. 63.

Zu verkaufen:
1 doppelstüger **Sportwagen** aufs Land geeignet, sowie 3 noch guterhaltene **Mädchenstrohüte,** dabei einer für Konfirmandin geeignet. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Kaufe fortwährend
Alteisen
und **Metall**
zu den höchsten Tagespreisen.
Andreat, Hirsau.

Zickel-
sowie alle andern Felle kauft zu den höchsten Tagespreisen.
E. Maischhofer, moderne Tierausstopperei, Pforzheim, Lindenstr. 52, Telephone 1501.

Frau oder Mädchen
für die Vormittagsstunden zur **Aushilfe** gesucht. Zu erfragen auf der Geschäftsstelle d. Bl.

Einen kräftigen Arbeiter
sucht per sofort **Liebzeller Filzfabrik Liebenzell.**
Einen ordentlichen **Jungen**
nimmt in die Lehre **Carl Frohnmüller, Bäckermeister, Calw, Altbürgerstr.**

Zu verkaufen:
2 guterhaltene, eiserne **Bettstellen** mit Drahtmatragen,
2 **Holzbettstellen,**
1 kleiner vierräderiger **Karren,**
1 eisern. **Gartentisch** mit 6 Stühlen,
1 **Fahgestell.**
Frau Mohr, Hirsau.

Calw, den 31. März 1920.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben, unvergesslichen Tochter, Schwester, Schwägerin und Braut
Katharine
für die trostreichen Worte des Herrn Geistlichen, für den erhebenden Gesang und die vielen Kranzspenden, sowie für die zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte sagen innigsten Dank
die trauernden Hinterbliebenen:
Familie Gottlieb Luz,
der Bräutigam: **Eugen Theurer.**

V. Teufel, Dentist
Marktplatz **Weilderstadt** Telefon 55
empfiehlt ganze und teilweise Gebisse, Kronen- und Brückenarbeit, Silizfahne, Plombieren jeder Art, Reparaturen, sowie schmerztlindernde Zahnziehen.
Mäßige Preise.
Sprechstunden: Täglich von 9 bis 6 Uhr
Sonntags v. 11 bis 2 Uhr

Ein Paar neue **Herren-Schnürschuhe**
Größe 41 zu verkaufen
Zwinger 301.
Neue oder gebrauchte **Hobelbank**
zu kaufen gesucht und erbittet Angebot
Gustav Kohler, Mühlenbauanstalt, Talmühle.

Sägmehl
kann abgeholt werden
Ludwig Jäck, Sägewerk, Unterreichenbach.

Kleeheu
mit **Dehmb**
unberechnet, ca. 10-15 Str. verkauft, per Str. 65 Mk. Wer, sagt die Geschäftsstelle d. Bl.

4 starke Bienenbölker
sind zu verkaufen.
Wo, sagt die Geschäftsstelle d. Bl.

Warzen beseitigt schnell und schmerzlos
Dr. Busch's Warzenzerstörer
Bei **Hutstolner & Kistowsky, Ritter-Drogerie, Calw.**

2 Paar neue **Damen-Schnürschuhe**
Größe 39, zu verkaufen. Zu erfragen bei **Heinrich Giebenrath** neben der Post.
Guterhaltener **Klapp-Sportwagen**
mit Verdeck u. Gummirädern zu kaufen gesucht. Angebote m. Preisangabe an die Geschäftsstelle d. Bl.
Guterhaltener **Angelrute**
(Fliege) mit Zubehör zu kaufen gesucht. Von wem, sagt die Geschäftsstelle d. Bl.